IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 162 | 30. September 1921 | כ"ז אלול תרפ"א | Einzelnummer 50 Cts.

Die Mandatsfrage auf der Völkerbundsversammlung.

Auf der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 23. Sept. erstattete Nansen namens der Kommission Bericht über die durch die Resolution Lord Robert Cecils aufgeworfene Frage der Beschleunigung der Ausführung der Mandate. Die Kommission schliesst sich dem in der Resolution ausgesprochenem Bedauern über die Verzögerung, die in der Regelung der Mandatsfrage eingetreten ist, vollständig an. Der Völkerbundsrat, der gegenwärtig mit Amerika über diese Frage zu verhandeln begriffen ist, muss natürlich das Ergebnis abwarten. Nichtsdestoweniger gibt sich die Kommission Rechenschaft, dass die Verzögerung Gefühle von Angst und Misstrauen auslösen könne, dass die Mission des Bundes in bezug auf die Verwaltung der Gebiete und die Forderung der betreffenden Völker nicht vollständig erfüllt werden könnte. Für einzelne Gebiete wäre es verfrüht, vom Völkerbundsrat eine unverzügliche Entscheidung zu verlangen, besonders mit Rücksicht darauf, dass der Vertrag von Sèvres durch die Mächte noch nicht ratifiziert worden ist. Dagegen sei es wünschenswert, dass der Völkerbundsrat die erste Gelegenheit ergreife, um die Durchführung der Mandate in Togo und Kamerun vorzunehmen. Der Völkerbund muss darauf dringen, dass bei der Verwaltung der Mandatsgebiete der liberale Geist des Völkerbundes zur Anwendung kommt. Erfreulicherweise kann die Kommission konstatieren, dass in den Verwaltungsprojekten der einzelnen Gebiete, die dem Völkerbund zur Kenntnis gebracht wurden, die Interessen der Eingeborenen wirksam geschützt werden.

In der Debatte bedauert Lord Robert Cecil, dass die Kommission nicht zu dem Antrag gekommen ist, dass trotz den schwebenden Verhandlungen mit Amerika, die Mandate unterschiedlich definiert werden sollen, um in der Frage einen entscheidenden Schritt vorwärts zu machen. Es ist von ausserordentlich grosser Bedeutung, dass die Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens in der Kommission erklärt hätten, ihre Regierungen seien, ohne dazu verpflichtet zu sein, jederzeit bereit, jede gewünschte Aufklärung über die Verwaltung der ihnen anvertrauten Gebiete zu geben. Bourgeois erklärt namens Frankreichs, dass der Völkerundsrat die Mandatsfrage mit möglichst grosser Beschleunigung einer endgültigen Lösung entgegenführen wolle. Es sei jedoch notwendig, dass die Versammlung dem Rate in den schwebenden Verhandlungen mit Amerika vollständig freie Hand lässt. Uebrigens ist festzustellen, dass die Mandatmächte bereits ohne offizielle Festlegung der Verwaltungsgrundsätze schon bisher in der Verwaltung der Gebiete sich vom Geiste, der nur das Wohl der Eingeborenen fördern will, leiten liessen. Der Völkerbundsrat werde alles tun, um die Verhandlungen mit Washington so rasch als möglich zu Ende zu führen. Aehnlich äussert sich auch Balfour für England. Mit 40 Stimmen wird hierauf einstimmig die Resolution der Kommission angenommen.

Die neungliedrige permanente internationale Mandatkommission wird am 4. Okt. erstmals in Genf zusammentreten. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder gehört Staaten an, die kein Mandat zu verwalten haben. Die Kommission wird zunächst ihr Geschäftsreglement feststellen und sodann die von den Regierungen eingereichten Berichte über die Verwaltung der Mandatsgebiete prüfen, darunter auch den Bericht Englands über Palästina. (Es ist dies der von der „JPZ" in Nr. 159 im Auszug veröffentlichte Verwaltungsbericht Samuels.) Diese Berichte werden nicht als die im Pakt vorgesehene Berichterstattung angesehen, sondern als provisorische Rapporte, welche die betr. Regierungen freiwillig dem Völkerbund vorgelegt haben. Sie werden indessen die Möglichkeit bieten, die Formen der künftigen Berichterstattung festzulegen. Der amerikanische Vertreter ist durch einen Spanier ersetzt worden. Auf allgemeinen Wunsch sollen zuerst die Mandate für Togo und Kamerun definiert werden.

Die Forderungen des syrisch-palästinensischen Kongresses.

Der syrisch-palästinensische Kongress hielt am 21. Sept. in Genf unter Vorsitz von Prinz Lotfallah seine Schlussitzung ab. Der dem Völkerbund zu erstattende Bericht wurde verlesen und einstimmig genehmigt. Der Kongress ersucht den Völkerbund, in Syrien und Palästina eine unparteiische Untersuchung über die tatsächliche Lage dieser Länder anzustellen.

Der Kongress stellt folgende Forderungen auf: 1. Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität Syriens, des Libanons und Palästinas. 2. Berechtigung dieser Länder, sich unter einer Regierung und einem Parlament zusammenzuschliessen und sich mit den übrigen arabischen Staaten zu verbünden. 3. Unverzügliche Aufhebung der Mandate. 4. Räumung Syriens, Palästinas und des Libanons durch die französischen und englischen Besatzungstruppen. 5. Widerrufung der Erklärung Balfours bez. der jüd. Nationalstätte in Palästina.

Prof. Pick über den Zionistenkongress.

(Interview der „J.P.Z.")

Prof. H. Pick, der Vertreter des Misrachi in der neuerwählten zionistischen Exekutive, war so freundlich, dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich", einige Aeusserungen über die Stellung des Misrachi zu dem soeben in Karlsbad stattgefundenen Zionistenkongress und die von ihm gefassten Beschlüsse zu machen, die wir nachstehend wiedergeben:

„Glauben Sie, dass der Kongress allgemeine Befriedigung hervorrufen wird und dass er die Krise innerhalb des Zionismus beendigt hat?"

„Ich bin der Meinung, dass der Kongress seine Aufgaben, obwohl nicht bis in alle Einzelheiten, doch

im grossen und ganzen zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst hat. Man hat die durch den Krieg und seine Folgen erschütterte Organisation wieder hergestellt. Die Keren Hajessod-Frage ist gelöst und die Richtung der zion. Politik, besonders im Hinblick auf das Mandat, festgelegt worden. Zum ersten Mal seit 8 Jahren wurde die Leitung wieder auf legalem Weg gewählt und damit die Autorität der Leitung wiederhergestellt."

„Glauben Sie, dass es dieser Leitung gelingen wird, das Vertrauen zur zion. Organisation zu stärken?"

„Ich bin der Ansicht, dass eigentlich ein jüdischer Weltkongress einberufen werden sollte, mit der Aufgabe, den Wiederaufbau Erez Israels in die Hand zu nehmen. Die vielen technischen und prinzipiellen Schwierigkeiten haben es aber bisher unmöglich gemacht, die Basis für Schaffung dieses Weltkongresses zu finden. Es ist daher unbedingt notwendig, dass bis zur Einberufung des Weltkongresses die zion. Leitung aus Vertretern aller Strömungen innerhalb des jüd. Volkes zusammengesetzt ist, damit sie gerechter Weise wirklich als Vertretung des jüdischen Volkes gelten kann. Durch den Eintritt des Misrachi und der linken Parteien in die Leitung, ist der erste Schritt in dieser Richtung erfolgt. Doch glaubt der Misrachi, dass man in dieser Hinsicht nicht weit genug gegangen ist. Er hat sich daher an der Wahl der Exekutive nicht beteiligt. Dass wir dennoch einen Vertreter in die Exekutive entsandt haben, obwohl ihre Zusammensetzung uns nicht zufriedenstellt, wird hoffentlich als das hingenommen, was es in diesem Augenblick ist: ein Opfer, das wir der Gesamtidee bringen."

„Wie stellt sich der Misrachi zum Keren Hajessod?"

„Der Misrachi wird seine ganze Arbeit und seine Mittel dem Keren Hajessod zur Verfügung stellen. Bis zum Kongress war unsere Mitarbeit eingeschränkt. Nachdem aber der Kongress eine klare und deutliche Resolution bez. der religiösen Führung der zu unterstützenden und zu begründenden Institutionen angenommen hat, bestehen für uns keine Gründe mehr, unsere Mitarbeit weiter zu begrenzen, besonders nachdem wir Sicherheiten dafür haben, dass das Abkommen des Misrachi mit dem Keren Hajessod bez. der Aufrechterhaltung seiner Institutionen genau ausgeführt werden wird."

„Sind Sie mit der angenommenen Resolution in bezug auf die religiöse Führung der öffentlichen Institutionen zufrieden?"

„Ich glaube bestimmt, dass die Annahme dieser Resolution der Anfang einer neuen Epoche in der zion. Organisation bedeutet. Sie unterscheidet sich tatsächlich in nichts von der ersten, vom Misrachi vorgeschlagenen Resolution, die aus taktischen Gründen von einer minimalen Mehrheit des Kongresses (6 Stimmen) abgelehnt wurde. Die im Misrachi vereinigten Anhänger des religiösen Judentums innerhalb der zion. Organisation können mit diesem Erfolg durchaus zufrieden sein. — Der zion. Kongress ist für uns nicht die Stelle, wo die religiösen Fragen des Judentums entschieden werden. Es war aber notwendig, dort durchzusetzen, dass die von der zion. Organisation geleiteten und unterstützten Institutionen den Anforderungen des religiösen Judentums entsprechen. Die feste Art, in der der Misrachi auf seinem Standpunkt beharren konnte, wird hoffentlich für gewisse Kreise der zion. Organisation, auch für die Leitung, eine gute Lehre für die Zukunft sein. Hätte die Orthodoxie auf diesem Kongress eine noch stärkere Vertretung gehabt, so wäre zweifellos eine noch stärkere geistige Umstellung in bezug auf die Probleme der Erez Israel-Arbeit erfolgt.

Zur Lage der Juden in Grossrumänien.

Interview der „JPZ" mit dem Chiefrabbi von Bukarest.

Dr. J. Niemirower, Chiefrabbi von Bukarest, Grandrabbin des Verbandes der jüdischen Gemeinden Altrumäniens und Grosspräsident des rumänischen Distriktes der I.C.B.B. Loge, der kürzlich zum Repräsentanten des jüdischen Kultus in diversen Staatskommissionen Grossrumäniens ernannt wurde, weilte als Delegierter und Obmann der grossrumänischen Landsmannschaft am XII. Zionistenkongress in Karlsbad, wo er die Freundlichkeit hatte, dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" in einer Unterredung über die innere Organisierung und Entwicklung der jüd. Kräfte Grossrumäniens unter der neuen politischen Konstellation, folgendes Bild zu entwerfen:

Als Reflex der günstigeren politischen Verhältnisse, hat die rumänische Judenheit grosse Fortschritte auf dem Gebiete der inneren Organisation zu verzeichnen. Die jüd. Gemeinde der Hauptstadt Bukarest, die ein halbes Jahrhundert hindurch desorganisiert darniederlag, ist nunmehr zu neuem normalen Leben auferstanden. In Bukarest, wo es seit Jahrzehnten wohl einzelne Rabbiner, aber kein Rabbinat gegeben hat, bildete sich ein von der Gemeinde anerkannter Rabbinerrat, dem 15 Rabbiner angehören u. zw. 5 mit akademischen Titeln und 10 aus der alten Schule. Die Grossgemeinde Bukarests hat mit Zustimmung dieses Rabbinerrates mich an dessen Spitze gestellt. Die Gemeinde hat alle religiösen, kulturellen und philanthropischen Institutionen der Judenheit Bukarests übernommen, wodurch bedeutsame Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind. Was diesbezüglich Altrumänien betrifft, so hat sich dort ein Gemeindebund gebildet, der eine Repräsentanz in Bukarest gewählt hat, der ich als geistiger Vertreter angehöre. Die verschiedenartigen Interessen des jüd. Gemeindelebens stehen also auf der Tagesordnung und man darf in dieser Hinsicht einen günstigeren Aufschwung des jüd. geistigen, politischen und kulturellen Lebens als dies bisher möglich war, erwarten. Ein Rabbinerverband, in dem alle Richtungen vertreten sein sollen, ist gegenwärtig im Bilden begriffen. Mit Bezug auf Grossrumänien sei hervorgehoben, dass die Fäden der Vereinigung der Juden aus den verschiedenen Provinzen des vergrösserten rumänischen Reiches immer enger gesponnen werden. Als Grosspräsident des rumänischen Distriktes der I.O.B.B. Loge kann ich nur meine Freude darüber aussprechen, dass die Orientloge zu Czernowitz mit uns verbunden wurde und wir die Möglichkeit haben werden, auch in den übrigen Provinzen Grossrumäniens Logen zu gründen, sodass der Orden I.O.B.B., der die hohe Mission der Verbrüderung und Vereinigung unter der so zersplitterten Judenheit trägt, segensreich in den Vereinigungsprozess der Juden Grossrumäniens eingreifen wird können. Was die Zionisten Grossrumäniens anbetrifft, bemühen sich dieselben, die gegenwärtig vorhandenen vier zion. Organisationen in eine Vereinigung zusammenzufassen.

Auf dem XII. Zionistenkongress in Karlsbad ist es gelungen, eine grossrumänische Landsmannschaft zu bilden. Als Obmann derselben und deren Repräsentant für Grossrumänien im Grossen A. C., kann ich nur bezeugen, dass der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist, die Schwierigkeiten, die aus der verschiedenartigen Vergangenheit der vier Landsmannschaften resultieren, zu überwinden. Eine wirkliche Einheit der Juden Grossrumäniens und die legal berechtigte Repräsentanz derselben nach innen und aussen wird jedoch erst durch einen allgemeinen jüdischen Kongress der Judenheit Grossrumäniens herbeigeführt werden können. Die Initiative zu einem solchen wird hoffentlich bald seitens der verschiedenen

Organisationen ergriffen werden. Was meine Person betrifft, werde ich selbstverständlich in den mir nahestehenden Organisationen Altrumäniens, wie „Union der einheimischen Juden“, „Gemeindebund“, „Bnei Brith“, „Zion“, „Rabbinerverband“ usw., für diese Idee wirken und mich für deren Realisierung nach besten Kräften einsetzen.

Weizmann über den Kongress.

Die „Times“ veröffentlicht ein Gespräch ihres Sonderberichterstatters in Karlsbad mit Weizmann über die Ergebnisse des Kongresses. Weizmann weist u. a. darauf hin, dass der Kongress vor allem zwei grundlegende politische Fragen zu erledigen hatte: die Stellungnahme zur palästinensischen Regierung und die Beziehungen zu den Arabern. Trotz der offenkundigen Geneigtheit der britischen Regierung und Samuels, begegnen die Chaluzim leider noch immer grossen Hindernissen. Die Hauptursache hierfür ist der langsame Uebergang von der Militär- zur Zivilverwaltung. Er hoffe jedoch, dass sich diese Hindernisse und Schwierigkeiten alsbald werden beseitigen lassen. Was die Araberfrage anbelangt, so herrschte auf dem Kongress vollste Einigkeit, dass nur in der gemeinsamen Arbeit mit den Arabern die Grundlage der ganzen Arbeit in Palästina zu erblicken ist. Man könne keinen einzigen Fall anführen, wo ein Araber durch die Entwicklung und den Fortschritt der Juden in Palästina zu leiden gehabt hätte. Gleichzeitig aber habe der Kongress klar gezeigt, dass er nicht gewillt ist, durch Ueberfälle, welcher Art immer, sich abschrecken zu lassen. Die wichtigsten Punkte des vom Kongress angenommenen Arbeitsprogramms bestehen darin, dass grosse Bodenflächen behufs intensiver Kolonisation durch Verpachtung kleinerer Parzellen angekauft werden sollen. Der Kongress habe ferner die Errichtung einer Hypothekenbank und anderer Kreditinstitute beschlossen und festgelegt, dass die jüd. Kolonialbank als das zentrale Finanzinstitut der Bewegung zu dienen habe.

Die Emigrationskonferenz in Prag.

Am Sonntag nachmittag fand unter Vorsitz Motzkins eine Vorkonferenz der bereits eingetroffenen Delegierten statt, während die feierliche Eröffnung der Konferenz Montag vormittag vor sich ging. Bisher sind auf der Konferenz 25 Organisationen vertreten und zwar u. a.: Welthilfszentrale durch Motzkin, Temkin und Effroikin, „Hias“ durch Held und Shelwin, Ukrainerverband in London durch Jochelmann und Goldenberg, Hilfsverein durch Dr. Bernhard Kahn, Berliner Wohlfahrtszentrale durch Dr. Klee, Litauischer jüd. Nationalrat durch Dr. Rosenbaum, ukrainische Hilfskomitees in Czernowitz und Wien durch Dr. Krämer, Jüd. Nationalrat in Polen durch Leiserowitz und Dr. Gottlieb, Zion. Weltorganisation durch Finkelstein usw.

Zum Präsidenten wurde Motzkin, zu Vizepräsidenten Held, Dr. Klee, Kreinin und Dr. Jochelmann gewählt. Nachdem an der Vorkonferenz zahlreiche Delegierte, darunter u. a. Dr. Bernstein-Kohan (Bessarabien), Dr. Gottlieb (Polen), Rosenbaum (Litauen), Dr. Nurok (Lettland), Dr. Sulam (Venedig) u. A. Berichte über die Lage der Flüchtlinge in den einzelnen Ländern abgegeben hatten, besprachen auf der ersten ordentlichen Sitzung nach den verschiedenen Begrüssungsreden Shelwin die Tätigkeit der „Hias“ und die Verhältnisse in Amerika, Maas über Argentinien und Kreinin und Prof. Brutzkus die Lage in Sovietrussland. (Auf den uns vorliegenden nähern Bericht kommen wir noch zurück.)

Gründung einer Gesellschaft der Bibliophilen des hebräischen Buches.

Von prominenten jüd. Persönlichkeiten verschiedener Länder Europas und Amerikas inauguriert, hat sich gelegentlich des Zionistenkongresses in Karlsbad unter dem Namen „Agudass Chow'we Hassefer“ (Gesellschaft der Freunde des hebräischen Buches) eine bibliophile Vereinigung gebildet. Zweck der Gesellschaft ist der Neuguss einer wirklich schönen hebräischen Type, deren Verwendung den Druck einwandfrei schöner hebräischer Bücher ermöglichen soll. Die Mitglieder erhalten jährlich mindestens ein, nach diesen Grundsätzen hergestelltes Buch, das nur für sie gedruckt ist und im Handel nicht erhältlich sein wird. Der Aufruf, mit dem diese Gesellschaft zur Teilnahme an ihren Bestrebungen wirbt, ist unterzeichnet von Herbert Bentwich (London), Prof. Dr. Heinrich Malter (Philadelphia), Nahum Sokolow (Paris), Herman Struck (Berlin), David Yellin (Jerusalem). Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 2 Pfund. Zuschriften jeder Art sind zu adressieren: in Europa Dr. A. Horodisch, Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 7, in Amerika: George M. Hyman, New York 981, Parc Avenue.

Das Direktorium des Keren Hajessod.

Laut „Jewish Times“ wird sich das neue Direktorium des Keren Hajessod zusammensetzen aus Jabotinsky, Slatopolski, Sief, Schmarjahu Lewin, Georg Halpern, Naiditsch und Berthold Feiwel.

Chronik.

Polen.

Ministerpräsident Ponikowski zur Judenfrage.

Der neuernannte polnische Ministerpräsident Ponikowski lud Abg. Dr. Thon zu einer Konferenz ein und sprach ihm sein Bedauern aus, dass er nicht mit dem Vertreter der jüd. Abgeordneten gleichzeitig wie mit den übrigen Klubs konferieren konnte, da Abg. Thon, der Mitglied des Seniorenkonvents ist, abwesend war. Er wünsche mit dem jüd. Klub in Kontakt zu kommen und erkläre, dass er trachten werde, dass vollständige äussere und innere Ruhe im Reiche herrsche. Zur inneren Ruhe gehöre auch die Lösung der Judenfrage. Es werde sein Bestreben sein, dass die Konstitution nicht nur ins Leben, sondern auch ins Blut des Volkes übergehe. Im Anschluss an diese Erklärung unterstrich Dr. Thon, dass die Juden nichts anderes verlangen, als die Durchführung der Konstitution, d. h. vollständige, faktische Gleichberechtigung. Abg. Thon brachte sodann eine Reihe aktueller Fragen vor, wie die der Fremden, Durchführung der Agrarreform, Kündigungen an jüd. Pächter von Regierungsböden, Nichtbestätigung der Käufe von unbeweglichem Gut im Posenschen, Sonntagsruhegesetz, jüd. Schulwesen, Gemeindeordnung und Legalisierung der Zion. Org. Der Premierminister versprach, nach Ueberprüfung die vorgebrachten Wünsche zu erfüllen und ersuchte um Vorlegung eines kurzen Memorandums seitens der jüd. Abgeordneten. Des weiteren appellierte er an die Juden, dass auch sie einen Schritt zum Ausgleich machen sollen, worauf Thon die s. Zt. Skulski gegebene Antwort wiederholte: Die unzufriedenen Bürger erfüllen ihre Pflichten nur aus Zwang, die zufriedenen dagegen tun mit Lust alles für den Staat, was nur in ihrer Macht liegt.

— Wie der „Najer Hajnt“ erfährt, hat das Justizministerium dem Ministerrat ein Projekt der Aufhebung aller Rechtsbeschränkungen der Juden überreicht, das sich fast ganz mit dem seinerzeitigen Elaborat des Abg. Hartglas deckt. Da gewisse Zweifel bestehen, wie lange man dieses Projekt in den Ar-

chiven schlummern zu lassen gedenkt, wird daran erinnert, dass die Justizkommission des Reichstages im Juni von der Regierung die Vorlage dieses Projektes auf der ersten Sejmsitzung nach den Ferien verlangt hat.

— Auf Grund der Intervention der jüd. Abg. gelang es nach Mühen, für die Durchführung der Volkszählung in den von einer jüd. Majorität bewohnten Stadtvierteln, mit Rücksicht auf die jüd. Feiertage, einen Erstreckungstermin bis zum 5. Oktober zu erwirken.

— Im Kommentar zum Gesetze über die Volkszählung befindet sich folgende Aufklärung zu § 16 des Gesetzes: „In Rubrik 14 soll angegeben werden die Sprache, die de facto seit Jugend benutzt wird. Zulässig sind alle Sprachen, die benutzt werden, also auch das Weissrussische und Jüdische. (Jargon.) Man darf auch 2 Muttersprachen angeben, falls man sich deren tatsächlich bedient." — Auf diese Weise ist bei der Volkszählung das Jiddische als offizielle Sprache anerkannt worden.

— Zufolge einer Meldung der „Rzeczpospolita" wegen einer Prozentnorm für Juden und Ukrainer auf der Lemberger Universität, hat das Unterrichtsministerium der erwähnten Zeitung eine Berichtigung eingesandt, wonach es niemals eine Verordnung erlassen habe, wegen einer nur prozentuellen Aufnahme von Ukrainern und Juden auf der Universität. Begrenzungen im allgemeinen, wie auch Prozentnormen für religiöse und nationale Gruppen habe es auf den polnischen Universitäten niemals gegeben.

— Die „Hias"-Abteilung in Warschau hat aus New York die Verständigung erhalten, wonach die vom „Emigrant" gebrachte Nachricht, dass Frauen und Eltern und Kinder in bestimmtem Alter auch dann, wenn sie keine amerikanischen Bürger sind, nicht in die Quote eingerechnet werden, unrichtig ist.

— Am 21. Sept. ist in Karlsbad der bekannte Schriftsteller und Verleger Schalkowitsch (Ben-Awigdor) gestorben. — Schalkowitsch, der im Jahre 1866 geboren ist, hat sich vor allem als Verleger unbeschreibliche Verdienste um die hebräische Literatur erworben. Von den Jahren 91—93 gab er in der Art der Reclam-Bibliothek die „Sifrei Aguda" heraus. 1893 gründete er den Verlag „Achiassaf" und 1897 den „Tuschiah-Verlag". In der letzten Zeit war Schalkowitsch Hauptgründer und Mitinhaber des „Zentral-Verlages". Schalkowitsch war vor kurzem aus Amerika zurückgekehrt und nahm am Zionistenkongress in Karlsbad teil.

— In Warschau fand während mehrerer Tage eine Konferenz der jüd. Schauspieler in Polen statt, an der sich u. a. auch das Ministerium für Kunst vertreten liess. Auf der Konferenz wurden vor allem Standesfragen behandelt. Die Zentrale umfasst 475 Mitglieder, mit Abteilungen in Warschau, Lodz, Wilna, Lublin und Lemberg.

Tschecho-slovakischer Staat.

Präsident Masaryk über die Juden in der Tschecho-Slovakei.

Gelegentlich der Anwesenheit Masaryks in Olmütz wurde von ihm u. a. auch eine Abordnung der jüd. Kultusgemeinde empfangen, der Präs. Masaryk auf die Begrüssungsansprache entgegnete: „Ich bin immer objektiv gewesen und will meine Objektivität auch weiterhin bewahren. In der tschecho-slovakischen Republik sollen alle Religionen und Nationen vollständige Freiheit geniessen und ich werde mich dafür einsetzen, dass dies nicht nur auf dem Papier geschieht."

— Am 18. Sept. fand in Brünn die erste Konferenz der gesetzestreuen Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien statt, die einen äusserst würdigen und für die Zukunft Erfolg versprechenden Verlauf nahm. Etwa 100 Delegierte nahmen an der Beratung teil. Ein grosses und ein engeres Exekutivkomitee wurden gewählt, denen die von den einzelnen Rednern gestellten Anträge zur Behandlung übergeben wurden.

— Wie der „Kassai Naplo" berichtet, wurde mit Unterstützung des Joint in Munkacs mit dem Bau eines jüd. Landeskrankenhauses für Karpathorussland begonnen.

Bukowina.

— Die durch das Joint in der Bukowina vor einem Jahr ins Leben gerufene Wiederaufbaugesellschaft, die auf genossenschaftlicher Basis errichtet ist, sodass das Prinzip der Selbsthilfe gewahrt bleibt, hat bis zum 31. August unter dem Titel des „persönlichen Wiederaufbaues", d. h. der Errichtung einer Existenz, an 600 Darlehensbewerber über 2,250,000 Lei als Darlehen gewährt. Die Haupttätigkeit entfaltete die Gesellschaft jedoch auf dem Gebiete des sachlichen Wiederaufbaues und zwar dem Häuserbau. In einer Reihe von Städten wurde dadurch die Restaurierung der zerstörten Häuser, resp. Neubauten ermöglicht, wofür an 400 Darlehensbewerber 4,200,000 Lei gewährt wurden.

Bessarabien.

— Die Jointleitung hat angeordnet, dass alle schulpflichtigen Kinder der Flüchtlinge obligatorisch die vom Joint eröffneten Schulen besuchen müssen. Eltern, die ihre Kinder nicht in diese Schulen schicken, werde die durch den Joint erteilte Unterstützung entzogen werden.

Siebenbürgen.

— Lt. dem Novisader „Jüdischen Wochenblatt" hat der Grosswardeiner Oberrabbiner Fuchs, der ein ausgesprochener Gegner des Zionismis und Führer der Agudah ist, seine Demission eingereicht, da die Gemeinde sich als misrachistisch erklärt hat; er nahm die Rabbinerstelle in der Gemeinde Nagy-Tapolcsan an.

Ungarn.

— Der Budapester Magistrat schreitet energisch auf dem Wege der Säuberung der Lehranstalten von Juden vorwärts. Nachdem 160 jüd. Lehrerinnen einfach aufs Pflaster gesetzt wurden, nachdem 23. jüd. Schuldirektoren zu einfachen Lehrern degradiert wurden, wurden nun zu Beginn des neuen Schuljahres, laut „Az Est" die jüd. Professoren der städtischen Handelsschulen zu Bürgerschullehrern degradiert. Da aber die städtischen Bürgerschulen gar nicht die grosse Zahl von Lehrkräften absorbieren konnten, sollen mehrere jüd. Handelsschulprofessoren, die an Bürgerschulen nicht untergebracht werden können, vorläufig beurlaubt werden.

— Die Ungvarer Gemeindeverwaltung wurde vom Aussenministerium verständigt, dass die Ausweisung des Belzer Wunderrabbi zurückgezogen und ihm gestattet werde, weiter in Ungvar zu verbleiben.

Oesterreich.

Juden können nicht österreichische Staatsbürger werden.

Der Wiener F.-Korrespondent der „JPZ" berichtet: Nach der neuesten österreichischen Verwaltungspraxis sind Juden von der Erlangung der Staatsbürgerschaft auf dem Wege der Option ausgeschlossen, selbst getaufte Juden. Laut dem Friedensvertrage soll Zugehörigkeit der Optanten nach Rasse und Sprache verlangt werden. Bisher konnten zahlreiche, aus dem Osten eingewanderte Juden tatsächlich nach Vorlage entsprechender Nachweise auf dem Wege der Option die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen, die sie von allen behördlichen Schikanen und der drohenden Ausweisung befreite. Nachdem jedoch Dr. Waber, ein Vertreter der antisemitischen Grossdeutschen Partei, zum Innenminister ernannt wurde, ist in dieser Praxis ein radikaler Wandel eingetreten und kein Jude wird als Optant bestätigt. Am härtesten werden hierdurch die aus Polen stammenden Ostjuden getroffen, welchen die polnische Gesandtschaft die Ausfolgung von Pässen zur Rückkehr in die ursprünglichen Wohnorte mit der Begründung verweigert, dass sie nicht mehr polnische, sondern auf Grund der Optionserklärungen österreichische Staatsbürger sind,

während sie in Oesterreich als solche nicht anerkannt werden. Die Tatsache, dass Juden gegenwärtig ausnahmslos abgewiesen werden, wird vom Innenministerium offen zugegeben. Dr. Waber beruft sich dabei auf ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, wonach der Friedensvertrag für den Fall der Option beide Voraussetzungen, sowohl Rasse als Sprache erfordere, für welche der Optierende „fassbare Merkmale“ darzutun habe. Der Nachweis der sprachlichen Zugehörigkeit zum deutschen Volke sei bedeutungslos, da es ein Bekenntnis zu einer bestimmten Rasse nicht gäbe, weil dies nicht von der freien Entschliessung des Individuums abhänge. Es müsse die Bedingung nach Sprache **und** Rasse erfüllt werden. Beide Instanzen, Innenministerium und Verwaltungsgerichtshof wirken somit harmonisch zusammen, um den klaren Sinn des Friedensvertrages in sein Gegenteil zu verkehren und die Juden zu entrechten. Man geht deutlich darauf aus, aus Oesterreich, bei dessen Bewohnern von irgendwelcher „Rassenreinheit“ keine Rede sein kann und die vielmehr — hauptsächlich in Wien, das ja hier fast ausschliesslich in Frage kommt —, ein Produkt beständiger Rassenmischungen und -Kreuzungen darstellen, einen „Nationalstaat“ mit Ausschluss der Juden zu machen. Die Autoren der Friedensverträge werden sich lebhaft wundern, wenn ihnen bekannt werden wird, dass die österreichische Regierungspraxis, die in den Verträgen wechselnden Ausdrücke „race et langue“ oder „nationalité et langue“ ausnützt, um sie zu einem Instrument rein antisemitischer Willkürpraxis zu machen. Sollten die dagegen mehrfach erhobenen Proteste keinen baldigen Erfolg zeitigen, so werden die entsprechenden Schritte unternommen werden müssen, um die österreichische Regierung durch das kompetente Forum zu zwingen, den klaren Sinn der Verträge zu achten.

— Nach zweitägiger eingehender Beratung hat die von der Aguda in Wien veranstaltete Industriellen-Konferenz die Gründung der „Industrie-Gesellschaft m. b.. H.“ beschlossen, für die bereits bedeutende Beträge gezeichnet wurden. Aus der Reihe der Gründer der Gesellschaft gehen demnächst Fachmänner nach Palästina, um die vorgeschlagenen Industrien nach Massgabe des Resultates der Versuche zu realisieren. Sukzessive sollen auch andere Pläne in Behandlung gezogen werden. Es wird eine Geschäftsstelle in Palästina und eine Zentrale in Europa errichtet. Weitere Vorschläge werden angenommen und geprüft und auch Zeichnungen für die Industriegesellschaft können noch gemacht werden. („Jüd. Presse“, Wien.)

— Dank dem Entgegenkommen des Oberstabsarztes Dr. Chajes konnte der Ausschuss des Kriegswaisenfonds der Agudas Jisroel durch Dr. Buttenwieser vor kurzem nach Wien gebrachte 50 ukrainische Waisenkinder untersuchen lassen. Abgesehen von erheblicher Unterernährung ist der Gesundheitszustand der Kinder im allgemeinen gut. Entgegen der Befürchtung über Zunahme venerischer Erkrankungen auch bei jüd. Kindern in Polen und der Ukraine, ergab die Blutuntersuchung, dass sämtliche Kinder auch in dieser Beziehung gesund sind. Dr. Buttenwieser beabsichtigt im November nach Polen und der Ukraine zu gehen, um an Ort und Stelle die hygienischen Verhältnisse zu studieren. Das Eintreffen weiterer Waisenkinder in Wien hat sich um einige Wochen verzögert. Es ist dringend nötig, dass in der Zwischenzeit fleissig Geldmittel, Wäsche, Kleider etc. gesammelt werden, damit der Kriegswaisenfonds seiner grossen Aufgabe gewachsen ist. Für die Ernährung der ukrainischen Flüchtlinge und Waisenkinder wurde vorübergehend durch das Joint gesorgt, dessen weitere Fürsorge aber bekanntlich in Frage gestellt ist.

Deutschland.

— Das Misrachi Zentralbüro in Deutschland gab einen Aufruf an die gesetzestreue Judenheit Deutschlands heraus, worin auf die grosse Entwicklung, die der Misrachi in den letzten 8 kongresslosen Jahren genommen hat — die Zahl der Misrachisten hat sich auf das Dreissigfache gesteigert, das Verhältnis der Misrachifraktion zum Gesamtkongress sich von einem Zehntel auf einen Viertel der Delegierten gehoben — hingewiesen wird und die gesetzestreuen Juden aufgefordert werden, sich dem Misrachi anzuschliessen, um sich an dem Aufbau Palästinas nach Kräften zu beteiligen.

England.

Sir Ernest Cassel gestorben.

Am 22. Sept. ist in London Sir Ernest Cassel, einer der bedeutendsten Finanziers Englands, gestorben. — Cassel, geboren 1852 in Köln, war als 16 jähriger Jüngling nach England gekommen, wo er im Laufe der Jahre durch seinen grossen Unternehmungsgeist sich ein grosses Vermögen erwarb, hauptsächlich durch Geschäfte in Amerika, Mexiko, Argentinien und durch den Bau des Staudamms von Assuan in Aegypten. Cassel hat als eifriger Philanthrop zahlreiche Stiftungen mit seinem Gelde gegründet und war ein intimer Freund König Eduards und König Georgs, weshalb er von den Antisemiten stark angefeindet wurde.

Amerika.

— Wie das „Morning Journal“ mitteilt, gedenkt die amerikanische Regierung die Differenzen wegen der Mandatsgebiete so zu regeln, dass es mit einer jeden der alliierten Regierungen Sonderverträge bez. der amerikanischen Rechte in den betreffenden Mandatsgebieten schliessen will. Dadurch werden Amerika die Verhandlungen mit dem Völkerbunde, den es nicht anerkennt, erspart bleiben.

— In Verbindung mit den vom Kongressmitglied Siegel bei Harding unternommenen Schritten wegen gewisser Erleichterungen für die Immigranten, erklärte Arbeitssekretär Davis, dass dies eine Diskreditierung des Immigrationsgesetzes bezwecke, jedoch dazu führen würde, dass die Einwanderungsbestimmungen nicht abgeschafft, sondern die Einwanderung gänzlich verboten werden würde. Davis wiederholt die Siegel von Harding gegebene Antwort, dass die Hauptschuld an der schrecklichen Lage der Immigranten die Schiffsagenten tragen, die Einwanderer über die Quote hinaus ins Land bringen möchten. Er werde sich streng an das Gesetz halten.

— Die Beamten des Labour-Departements benachrichtigten die Advokaten, die die Vertretung der über die Quote landenden Immigranten übernehmen und deshalb zurückgeschickt werden sollen, dass Schritte zwecks Bestrafung gegen sie unternommen werden würden, da sie das Immigrationsgesetz zu diskreditieren beabsichtigen. Diese Advokaten sollen auch versuchen, die Einwanderer zu übervorteilen. Es wird erklärt, dass sie gegen die Bill konspirieren, was das Labour-Departement nicht zulassen könne und behauptet, dass die Klagen wegen der gegen die Einwanderer angewendeten Brutalität einfach Erfindung dieser Advokaten seien.

— Der Vizepräsident der Hias, Albert Rosenblatt, hat sich nach Kuba begeben, um dort die Interessen der jüd. Wanderer wahrzunehmen. Rosenblatt wird in Kuba die von der mexikanischen Delegation der Hias begonnenen Unterhandlungen wegen

Gründung von Unterabteilungen der Hias in Kuba fortsetzen.

— Am 14. Sept. wurde in New York die Konferenz der Föderation der ungarischen Juden in Amerika unter Teilnahme von über 500 Delegierten eröffnet, die von Adolf Rosenbaum, Chairman des Relief-Committee der Föderation einberufen worden war. Dr. Bichler wurde zum Vorsitzenden gewählt. Nach Anhörung eines Berichtes von Dr. Miler, der im Auftrage des Verbandes Ungarn, Tschecho-Slovakei, Rumänien und benachbarte Länder besucht hat und soeben zurückgekehrt ist, beschloss die Konferenz, ehestens an die Aufbringung eines Hilfsfonds von einer halben bis einer ganzen Mililon Dollar heranzutreten.

— Der Prokurator des Bezirkes von Chicago hat wegen Veröffentlichung aufreizender Artikel gegen die Juden gegen das antisemitische Organ Henry Fords „Dearborn Independent" Klage erhoben.

— In New-York fand eine Besprechung jüd. Journalisten statt, bez. der weiteren Keren Hajessod-Arbeit, auf der u. a. von den grossen New-Yorker Tageszeitungen „Morning Journal", „Tog" u. „Jewish Times" vertreten waren. Es wurde beschlossen, gewisse Wünsche bez. der nach Amerika zu entsendenden zion. Delegation zum Ausdruck zu bringen und vor allem zu betonen, dass die Teilnahme Nordaus an dieser Delegation unbedingt erwünscht sei.

Erez Israel. — Palästina.

— Der „Marath-el-Schrak" gibt in einem Leitartikel der allgemeinen Aufregung der Araber gegen die Zionisten Ausdruck, in dem es u. a. heisst: Es gibt keinen Palästinenser, der nicht dem in seinem Herzen schlummernden Entsetzen über die Zionisten und ihre Festsetzung in Palästina Ausdruck geben würde. Den Zusicherungen der Regierung, die religiösen Rechte zu wahren, schenke niemand Glauben. Wenn die Juden in diesen 3 Jahren seit der Besetzung des Landes alle wichtigen Stellen in ihre Hände bekommen konnten, eine ganze Beamtenlegion und eine grosse Zahl von Arbeitern, wenn sie in dieser kurzen Epoche Handel und Industrie unter ihre Herrschaft bringen konnten, obgleich die Balfour-Deklaration noch nicht verwirklicht wurde und die Araber ihr noch nicht zugestimmt haben, wie wird erst ihre Stellung werden, wenn sie nach Verwirklichung der Balfour-Deklaration zu Herren des Landes werden und in Scharen aus den Gefilden Ungarns, Polens und Russlands hereinströmen. Wie wird dann die Lage der Araber werden. Werden diese dann noch mehr Mangel an Geld, an Wissen und an Mitteln leiden, um gegen diesen Strom anzukämpfen? Sämtliche Regierungsposten haben Juden eingenommen, deren einziger Vorzug das Judentum ist. In den Kibuschim verdrängen geistig hochstehende Leute, die Europa hinauswarf, den arabischen Arbeiter, obwohl Balfour nicht versprochen hat, dass Palästina verpflichtet ist, den einwandernden Juden Arbeit zu geben, oder ihnen hohe Regierungsstellen zu verschaffen. Die Wahrung der bürgerlichen, nationalen und religiösen Rechte der Einwohner ist darin zugesagt worden, jedoch machen die Araber den Grossteil der Bevölkerung aus, von der die Juden bloss ein Zehntel bilden. England verspricht, seinen Verpflichtungen nachzukommen, aber warum hält es sich nicht an diesen zweiten Teil der Balfour-Deklaration und gewährt Juden verschiedene Rechte und Konzessionen, wovon in dieser nicht die Rede war. Die Araber begreifen nicht, weshalb die unparteiischen Engländer den Juden gegenüber so wohlwollend sind und mit den Arabern nicht rechnen. Wie konnte England die Leitung der Staatsangelegenheiten unerfahrenen Leuten in die Hände geben, die so viel zu dem gegenseitigen Hasse beitragen. Die jüd. Führer haben in die Welt hinausposaunt, dass sie das Land aufbauen, es zu einem reichen Lande machen wollen. Aber welches sind die bisherigen Errungenschaften, wo das Kapital, das die Juden ins Land gebracht hätten? Alles was wir sehen ist, dass Leute, die in Europa ohne Arbeit sind, ins Land gebracht werden, um in Palästina auf Kosten der Einwohner zu leben. Wollen etwa die jüd. Führer die öffentliche jüd. Meinung täuschen, um das Geld für Privatzwecke, statt für den Vorteil des Landes zu verwenden? Am Schlusse des Artikels wendet sich der „Marath-el-Schrak" an die Regierung mit der Bemerkung, dass nur der ihr Freund sei, der sie rechtzeitig aufklärt und an sie glaubt, aber nicht derjenige, der ihr schmeichelt.

— Die arabische „Palestine" berichtet, dass der Bezirkskommissär von Jaffa einen Teil der Besitzer der Sanddünen (s. „JPZ" Nr. 161) zu sich eingeladen hat, um ihnen die Verordnung Samuels zu übermitteln. Einwendungen würden an den Oberkommissär weitergeleitet. Er habe alles angewendet, um diese Frage zu einer für die jetzigen Besitzer günstigen Lösung zu führen. Der Führer der arabischen Delegation wies darauf hin, dass diese Sanddünen schon durch den Beschluss von General Bols, sie im Besitze der Araber zu lassen, entschieden sei. Wenn die Juden Vorrechte verlangen, so sollen sie sich an die Gerichte wenden. Bols sei ebenso Vertreter der engl. Regierung gewesen, wie jetzt Samuel, und stehe es diesem nicht zu, die Verordnung von Bols aufzuheben. Ausserdem bezeichne Samuel diese Sanddünen als „verlassenen Boden" und verlange von den Neuerwerbern einen gewissen Kaufpreis, während sie in der Jaffaer Verordnung, auf die sich der Oberkommissär beruft, ausdrücklich als „herrenloses Gut" bezeichnet werden, sodass jeder ohne Bezahlung sie in Besitz nehmen könne. Der Bezirkskommissär erwiderte, dass man diese Dünen absichtlich als „verlassene Böden" bezeichnete, damit man der Regierung nicht vorwerfe, dass sie sie ohne entsprechende Bezahlung verteile, und sprach nochmals den Wunsch aus, dass die Einwendungen der Besitzer öffentlich und durch seine Vermittlung erfolgen.

— Am 1. Sept. fand in Tel-Awiw eine Versammlung der Vereinigung der Bauplätzeinhaber in der Umgebung Tel-Awiws statt, mit der Tagesordnung: Registrierung aller jener, die Bauten in Angriff nehmen wollen, Besprechung der von der „Haboneh" vorgelegten Pläne für Bauten und deren Subventionierung, Wasserzuleitung, Strassenanlegung und Darlehen. Dr. Zifroni erläuterte den Stand der Vereinigung. Die A.P.C. gewährt Darlehen von 60 Prozent bis zur

Höchstsumme von 250 Pf. an die Bodenbesitzer unter der Bedingung, dass diese 40 Prozent der Baukosten investieren, wodurch einem jeden die Erbauung eines kleinen Hauses ermöglicht wird. Die von der „Haboneh" vorgelegten Pläne ergeben, dass ein zweizimmriges Haus auf 200—350 Pf., ein dreizimmriges auf 300—400 und ein vierzimmriges auf 450—600 Pfund zu stehen kommen wird. Die A.P.C. verlangt Sicherstellung, dass die gewährten Darlehen wirklich für die Durchführung der Bauten Verwendung finden, weshalb sie vorzieht, dass die Häuser durch die „Haboneh" oder irgend eine andere Gesellschaft und nicht von den einzelnen Privatleuten erbaut werden. Dem, wie auch der Bestimmung, dass das Darlehen erst bei Abschluss des Baues gewährt werden soll, opponierten die meisten Versammlungsteilnehmer; es wird verlangt, dass das Darlehen ratenweise ausbezahlt werde. Wasser werde man von den nahen Privatgärten erhalten können.

— Da allgemein angenommen wird, dass die Regierung nur solchen Personen Bodenkäufe bestätigt, die in Palästina wohnen, weist der „El Napir" darauf hin, dass dem High Commissioner das Recht zustehe, jeden Bodenkauf zu bestätigen, sofern nur der Käufer, auch falls er ausserhalb Palästinas wohnt, nachweisen kann, dass er beabsichtigt, entweder den Boden selbst zu bearbeiten, oder auf ihm Bauten zu errichten und keinen Weiterverkauf bezweckt.

— Der Palästinenser Salmen Barsel, Besitzer einer Tabakfabrik, erwarb käuflich die ganze Hauptstrasse Jaffas, die sogenannte Bostrosstr., wo sich 26 Häuser und 80 Magazine befinden, nebst dem grossen Hotel „Kaminitz". Ausserdem beginnt Barsel sofort mit dem Bau von 39 Magazinen mit 10 darüber errichteten Häusern auf dem Platze neben der Bostrosstrasse, in den sogenannten „Alleen König Georgs". (Doar Hajom.)

— Dank den grossen Bemühungen Baron James Rothschilds um die demobilisierten Legionäre, gedenkt die „JCA" unweit von Zemach und dreiviertel Stunde von Menhamie, wo ihr einige tausend Dunam Boden zur Verfügung stehen, 50 demobilisierte Legionäre anzusiedeln. Eine Kwuzah von 20 demobilisierten Legionären soll noch dieses Jahr angesiedelt werden, u. zw. vorderhand in Menhamie.

— Die Jaffaer Stadtverwaltung hat von Ing. Ruthenberg die telegraphische Verständigung erhalten, dass die Londoner Behörden die Konzession für sein Audja-Projekt (Ausnützung der Jarkon-Gewässer für elektrische Kraftgewinnung) erteilt haben. Ruthenberg spricht seine Zuversicht aus, dass die Durchführung dieses Planes die Entwicklung des Bezirkes Jaffa fördern und den Wohlstand seiner Einwohner heben wird.

— Am 3. September sind auf der „Hedwig" gegen 200 Einwanderer eingetroffen, darunter zahlreiche Familien.

— Am 7. Sept. sind in Jaffa 230 Immigranten aus Triest eingetroffen, wo sie einige Tage in Quarantäne bleiben. Ferner trafen in derselben Woche 43 Reisende aus Amerika ein, grösstenteils Familienväter und kapitalkräftige Leute, die sich im Lande vielfach betätigen wollen. Auf demselben Schiffe langten auch 6—7,000 Tonnen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte im Werte von 100,000 Dollar an, die durch die Arbeiterorganisationen in Amerika gesammelt wurden, wie auch Kleidungsstücke, gesammelt vom People Relief Committee, das für diesen Zweck 10,000 Dollar zugesagt hat.

— In Abwesenheit des Distriktsgouverneurs von Nazareth, nehmen 200 jüd. Arbeiter die als Nuris bekannte Landfläche in Emek Jesreel formell in Besitz. (J.C.B.)

— Am 6. Sept. wurde in Haifa in Anwesenheit von Vertretern der verschiedenen Regierungsdepartements in offizieller Weise die jüd. Handelskammer eröffnet.

— Während der letzten 14 Monate wurden in Tel-Awiw Häuser mit über 700 Zimmer neu erstellt; trotzdem ist von einem Rückgang der Mietzinse noch nichts zu bemerken.

Anfang Sept. hat die Regierung in Zemach ein Zollamt eröffnet, in dem alle importierten und exportierten Waren der Revision unterliegen. Auch die französische Regierung hat jenseits des Jordan ein Zollamt eröffnet, sodass die Reisenden zwei Revisionen unterworfen werden, was zweifellos ungemein hinderlich für die Handelsentwicklung ist, umsomehr, als im franz. Zollamte noch sehr wenig Ordnung herrscht.

— Die von der Regierung beschlossene Organisierung einer neuen Musterpolizei (Selected-police) ist in vollem Zuge. Die Polizei wird aus Reitereskadronen, einer Kameleskadron und 2 Fusseskadronen bestehen. Juden und Araber werden in gleicher Zahl, zirka 175 aufgenommen, neben einer gewissen Anzahl von Tscherkessen. Bisher haben sich beim Waad Leumi jüd. Kandidaten in grosser Anzahl gemeldet. (J.C.B.)

— Durch Verordnung des Oberkommissärs wurden in Jerusalem, Jaffa und Haifa kommunale Gerichte eingesetzt und eine Reihe von Ehrenrichtern ernannt, darunter von Juden für Jerusalem: Dr. Eliasch, Eliascher, Karmi, Mejuches; für Jaffa: Berlin, Grasowski; für Haifa: Moses Lewi, Sabbathai Lewi. Vorsitzende sind überall die betreffenden Stadtpräsidenten.

— Hassan Zidki el Dejani, ehemaliger Redakteur des „Kodesh Sharif", veröffentlicht im Jaffaer „Palestine" einen offenen Brief an den Präsidenten des palästinensisch-arabischen Kongresses, in dem er Stellung nimmt gegen die geplante Gründung einer neuen arabischen Zeitung als Organ des erwähnten Kongresses. Diese Gründung sei überflüssig, da alle Araber ohne Ausnahme wüssten, was das Vaterland von ihnen verlange. Dagegen sollte in Palästina eine grosse englische Zeitung gegründet werden, die in Tausenden von Exemplaren nach England versandt, die Engländer mit den gerechten Aspirationen der Araber bekannt machen würde.

— Die Vereinigung zur Gründung einer städtischen Arbeitssiedlung bei Tel-Awiw auf den Namen von Borochow hat vom Nationalfonds in der Nähe der deutschen Kolonie Sarobah auf dem Wege nach Petach-Tikwah ein Grundstück von 600 Dunam erhalten. Die Siedlung wird als Gartenstadt angelegt, wobei 100 Dunam für eine landwirtschaftliche Kooperative und 10 Duman für einen öffentlichen Platz reserviert werden. Die Baustellen werden nur an Arbeiter vergeben.

— Die landwirtschaftliche Zentrale der Arbeiterorganisation hat beschlossen, auf der Nationalfondsfarm „Chulda" eine Kwuzah ständig anzusiedeln.

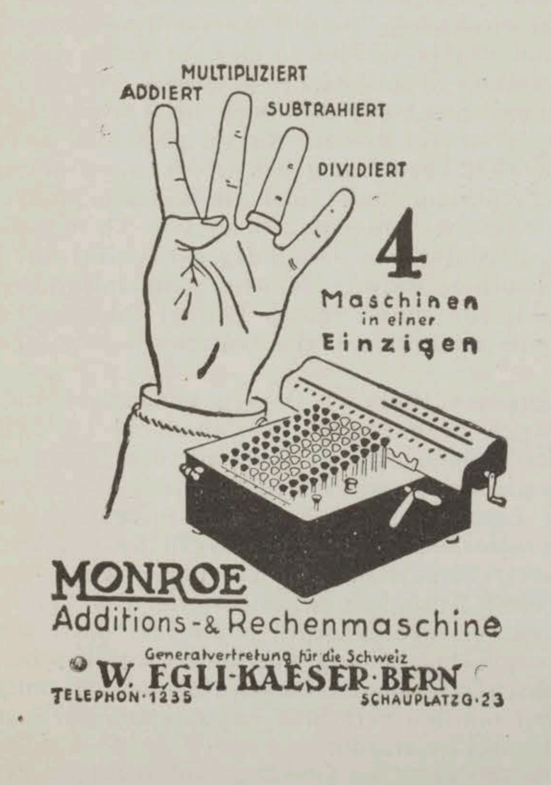
— Das Arbeitsbüro des Waad Hazirim hat vom 20. Juli bis 15. August 397 Personen Arbeit verschafft. An kapitalarme Geschäftsleute wurden, um ihnen die Eröffnung von Geschäften zu ermöglichen, Darlehen gewährt. Erwähntes Büro gewährt alle nötigen Informationen betr. Beschaffung von Wohnung und Arbeitsutensilien und geht auch den beruflich nicht ausgebildeten Arbeitern bei Ausbildung für einen bestimmten Beruf an die Hand; so wurden z. B. in der Perlmutterindustrie ungelernte Arbeiter angelernt, die nach 5 - 6 Wochen Lehrzeit in den Stand gesetzt wurden, in dieser Industrie sich ihren Unterhalt verdienen zu können.

— Der arabische Führer Ibrahim Hananu, der durch seinen Kampf gegen die Franzosen sich den Namen eines Freiheitshelden bei den Arabern erworben hat und grosses Ansehen geniesst, wurde von der palästinensischen Regierung verhaftet. Er hatte in Transjordanien Schutz gesucht und war vor kurzem mit Erlaubnis der Regierung nach Palästina gekommen, wo er auf Grund der neuen Abmachung zwischen Frankreich und England von Juni 1921 verhaftet wurde, was bei den Arabern, die ihn als Freiheits- und Nationalhelden feiern, grosse Aufregung verursachte. Die arabische Presse gibt ihrer Zuversicht Ausdruck, dass Hananu bald freigelassen werden wird, sobald der Zivilkommissär die ihm von verschiedenen Seiten überreichten Memoranden, die seine Schuldlosigkeit beweisen, einer genauen Prüfung unterzogen haben wird.

— Im Prozess gegen die Araber wegen des Ueberfalles auf Rechoboth wurde ein Angeklagter zu 2 Jahren und 2 zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

— Jehuda Blum aus Jerusalem, der angeklagt war, während des Ueberfalles auf Petach Tikwah, auf verwundete Araber geschossen und Waffen besessen zu haben, wurde am 7. Sept. freigesprochen, da ihm nichts nachgewiesen werden konnte.

— In Mikweh-Israel finden auch heuer von der Arbeiterorganisation veranstaltete landwirtschaftliche Kurse statt, in denen Geflügel-, Bienen- und Viehzucht unterrichtet wird. Für 80 Teilnehmer ist ein Stipendium ausgesetzt worden, um ihnen die Teilnahme zu ermöglichen.







Schweiz.

— Anlässlich der gegenwärtig in Genf tagenden Versammlung des Völkerbundes übergab die Liga der jüd. Frauen in Genf den Delegierten und Berichterstattern sämtlicher Länder eine Anzahl Dokumente betreffs der Drangsalierungen und Pogrome der Juden in Ost- und Zentraleuropa.

— Grand-Rabbin Ginsburger, Genf, ersucht die „JPZ“ um die Feststellung, dass alle Gerüchte, wonach ausser der „JCA“ auch andere jüd. Organisationen an den vom Völkerbund veranstalteten Beratungen über die russische Flüchtlingsfrage teilgenommen hätten, nicht der Richtigkeit entsprechen. Einzig und allein die „ICA“ war zu diesen Konferenzen eingeladen und alle für die Juden auf diesen Sitzungen erzielten Erfolge sind nur dem Vertreter der „ICA“, Mr. Lucien Wolf, zuzuschreiben.

Sportliches.

— Am 16. Oktober veranstaltet der Sp. C. „Hakoah“ ein Clubturnier, verbunden mit leichtathletischen Wettkämpfen und zwar u. a. olympische 400 Meter Staffel, 100 und 200 Meterlauf etc. Ca. 50 Mitglieder haben bereits ihre Nennungen abgegeben. Die Veranstaltung verspricht einen spannenden Verlauf, da bedeutende Leichtathleten ihre Teilnahme zugesagt haben. Für die Sieger sind schöne Preise ausgesetzt. Nähere Mitteilungen erfolgen durch spätere Inserate.

— Der Sportclub „Hakoah“ beabsichtigt ab 1. Oktober ein eigenes monatlich erscheinendes Sport-Organ herauszugeben. P-k.

Presse- und Verlagsnotizen.

— In Syrien erscheint eine neue jüdisch-arabische Zeitung „El Ealam Ejisreeli“ (Die jüdische Welt) unter der Redaktion des bekannten Lehrers und Druckereibesitzers Salim Eljahu Man.

Bauet Erez Jisroel!

Auf dem heiligen Boden Erez-Jisroel reifen in diesen schicksalsschweren Tagen Entscheidungen von gewaltiger Bedeutung für die jüdische Gesamtheit auf dem Erdenrunde; Entscheidungen, die das sittliche Wohl und Wehe des jüd. Volkes, damit aber auch, nach dem ganzen Lauf der Geschichte, auch sein **Geschick** in die weite Zukunft hinaus bestimmen werden.

Unter Blut und Tränen einer ganzen Generation ist ein neues Palästina geboren worden, ein Palästina, das — unbeschadet vorübergehender Hemmungen — vor einer Periode kaum geahnten wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwunges steht und dessen Pforten weit sich öffnen werden, für jede rüstige Betätigung in Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Technik.

Die Entscheidung liegt bei Euch, das Land wiederum zum Schauplatz **gotterfüllten** jüdischen Gemeinschaftslebens zu gestalten, in das Gottes Herrlichkeit einzieht, um Volk und Land, Judenheit und Menschheit ihrer Erlösungszukunft entgegenzuführen.

Die oberste Behörde unserer Organisation, der Zentralrat der Agudas Jisroel hat im Adar 5681 unter Führung und Zustimmung der anerkannten geistigen Grössen der rabbinischen Welt des Ostens, den feierlichen Beschluss gefasst, dass fortan in den Tagen vom

1. Ellul bis 30. Tischri eines jeden Jahres

in allen Ländern der Erde, überall wo Organisationen der Agudas Jisroel bestehen, unter Einsatz aller organisatorischen Kräfte der Landeszentralen und der Ortsgruppen, Sammlungen für den

Keren Erez Jisroel der „Agudas Jisroel"

stattzufinden haben, über deren Verwendung im Einzelnen für den geistigen und wirtschaftlichnn Aufbau Erez Jisroels der Zentralrat mit den Vertretern aller Länder beschliesst.

Die Sammlungen **dieses Jahres** sollen, im wesentlichen Teile den Grundstock für den im Rahmen des Keren Erez Jisroel zu errichtenden

Keren Hajischuw
(Wirtschaftsfonds des Keren Erez Jisroel)

bilden. In dieser Stunde gilt es vor allem in möglichst grossem Umfange Geulas Hooretz, den Erwerb von **Grund und Boden** im heiligen Lande zu vollziehen und vorzubereiten, die Mittel bereitzustellen, Millionen und Milliarden in allen Währungen, um **eine neue Pflanzstätte treu-jüdischen, vom Thorageiste befruchteten ländlichen Lebens** zu schaffen, Männern des praktischen Wirtschaftslebens, Vertretern von Handel und Industrie die Möglichkeit und die Vorbedingungen für die Betätigung ihrer wirtschaftlichen Initiative im heiligen Lande zu geben, und so die wirtschaftlichen Grundlagen zu legen, auf denen sich in imponierender Erscheinung ein **jüdisches Gesamtheitsleben überhaupt im Geiste der Thora** entfalten kann.

Wir erwarten die Hunderttausende des Kapitalisten für den Keren Hajischuw wie die bescheidenen Leistungen des Mittelstandes und die Centimes des Armen und des Aermsten!

Welcher treue Sohn der jüdischen Gemeinschaft, in dessen Brust eine Ahnung davon lebt, was Erez Jisroel der jüdischen Psyche bedeutet, wird Geld und Gut ängstlich wägen, da es um das **Ganze der jüdischen Zukunft** geht! Welcher treue Sohn des jüdischen Volkes wollte zurückbleiben, wenn die grossen anerkannten Führer der Gesamtheit, die im Dienst und im Studium des Gotteswortes ergrauten Führer in Ost und West den alten Ruf ertönen lassen, der zum Aufbau des Heiligtums ladet.

Auskünfte über das Erez Jisroel-Programm der Agudas Jisroel, die Satzungen des Keren Hajischuw und seine Verwaltung, sowie über die Methoden der Sammlung erteilen sämtliche Landesorganisationen, Palästina-Zentralen, Palästina-Vertrauensmänner und Obergruppenvorstände in allen Ländern.

Namens des Zentralrates der Weltorganisation „Agudas Jisroel":

Die Zentral-Verwaltung des Keren Hajischuw: Kommerzialrat **Siegmund Bondi, Wien**; Bankier **Alexander Carlebach, Lübeck**; Dr. **Emil Hirsch, Halberstadt**; Sollicitor **J. Landau, London**; Bankier **Siegfried Loewenthal, Frankfurt a. M.**; **Kallmann Pappenheim, Wien**; **Nachum Rosenfeld, Warschau**; Bankier Dr. **N. E. Weill, Frankfurt a. M.**; **Leo Wreschner, Frankfurt a. M.**

Die Zentralratsmitglieder der Schweiz: Dr. **A. Cohn, Basel**; Dr. **Th. Lewenstein, Zürich**; **S. Guggenheim** und **R. Botschko, Basel**; **Ch. J. Eiss, Zürich.**

Namens des Schweizer Landeskomitees der A. J.: **A. W. Rosenzweig**, Präsident; **N. Schterenbuch**, Kassier.

Postcheck-Konto V 2177

Aufruf

für die jüd. Lehranstalten in Litauen.

Die Rabbiner von Litauen haben mich dringend ersucht, zu Gunsten der dortigen jüdischen Lehranstalten (Jeschiwaus), die sich in bitterer Not befinden, eine Sammlung zu veranstalten. In Litauen blühten von jeher berühmte Jeschiwaus — so sei nur an die Schulen von Nowogrudok, Wolosne, Slobodka und Telz erinnert — von denen aus jüdische Gelehrsamkeit sich weithin verbreitet hat. Diese Pflanzstätten jüdischen Wissens zu erhalten und die armen jüdischen Zöglinge, welche dort die Thora erforschen, zu unterstützen, daß sie vor Hunger und Kälte geschützt sind, ist eine sehr große Mizwo. Wohl weiß ich, daß die Not der Zeit schwer auf uns Allen lastet. Aber ich weiß auch, daß die Herzen Israels barmherzig sind und daß in uns Allen der heiße Wunsch lebt, die Thora zu fördern und zu stärken, und daß wir besonders in diesen heiligen Tagen, in denen wir so viel für uns zu erbitten haben, uns gerne an guten Werken beteiligen. Jede Gabe, auch die kleinste wird dankbar angenommen und dient dazu, die Pflegstätten der Thora zu erhalten u. die Armut ihrer Schüler zu mildern.

Rabbiner Dr. A. Cohn, Basel.

Gaben erbeten auf Postscheck-Konto des „Zentralvereins" V 3025 in Basel.

Auch das Bankhaus Dreyfus, Söhne & Co. in Basel (Postscheckkonto V 570) nimmt Gaben entgegen.

Venezia Restaurant כשר I. Weißberg
S. Marco - - - - - Calle S. Gallo 1074

Wien II. Kleine Sp.-rlg. 5
Josef Nagel's streng כשר Restaurant
Hotel New-York unter Aufsicht
v. Rabbiner J. Fürst (Schiffschul)

KARLSBAD
Diätetische Kuranstalt, Dr. med. Otto Lapper
Vollständige Pension von 100 tsch. Kr. an
(Zucker-, Gallen-, Magen- und Darmkrankheiten)

London 27 Whitechapel Rd. E. 1
J. W. Silbersteins streng כשר Restaurant
Restaurant u. Wurstfabr. unter
Aufs. aller orthodoxen Rabbiner.

New-York
Strictly כשר Restaurant
W. Weinberger - 17 W. 24 the Street

Crowe & Co. Aktiengesellschaft

Internationale Transporte

in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como

empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge

Böhmische Internationale Transportgesellschaft

Karlik & Comp.

Centrale: PRAG II., Havlìckovo nám. 33

ZUCKERPALAIS.

Telefon: 26.75. Telegr.-Adr.: Karmezi.

Filialen:

Aussig a./E., Budweis, Bratislava, Bodenbach, Brünn, Gablonz a./N., Eger, Haida, Karlsbad, Parkany-Nana, Reichenberg, Tetschen, Wien II, Warnsdorf. Fixe billigste Frachtübernahmen nach allen Plätzen der Erde. Informationen g r a t i s.

Orient-Cinema

Waisenhausstraße 2

Vom 28. Sept. bis 4. Okt. Spielzeit täglich von 2½—11 Uhr.

Das größte Lustspiel des Jahres

POLA NEGRI

in ihrer neuesten Filmschöpfung

Die Bergkatze

Regie: **ERNST LUBITSCH**

Die Wiedergabe dieses eigenartigen Filmwerkes bedeutet den Gipfelpunkt sowohl ganz moderner Inszenierung als auch darstellerischen Könnens nicht nur Pola Negris, sondern je- -:- des einzelnen bis in die kleinsten Chargerollen hinab. -:-

Eine Limmatfahrt

Dieses wunderschöne schweizer Naturbild wurde unter Führung von Mitgliedern des Limmatklubs aufgenommen, und zeigt uns die herrlichen Schönheiten des Limmatthals von Zürich-Horn bis Stilli-Brugg und deren imposante Stromschnellen. Ein Bild, welches sich jeder Naturfreund unbedingt ansehen sollte.

GRAND CINEMA

LICHTBÜHNE

Tel. Selnau 5948 - BADENERSTR. 18 - Eigene Hauskapelle

Vom 27. Sept. bis 3. Okt. Täglich von 2½—11 Uhr

7 Akte! Erstaufführung NEU!

SIBIRIEN der Schrecken Russlands

betitelt:

Die Schmiede des Grauens!!

7 Akte **Erstaufführung. Amerik. Kunstfilm** 7 Akte
NEU! Grandiose **Kriminal- u. Liebestragödie** NEU!

Der Fingerabdruck

Berner Handelsbank Bern

(Gegründet 1863) besorgt

sämtliche Bankgeschäfte

zu coulantesten Bedindungen

Spezial-Abteilungen:

Reisebureau Bahn- u. Schiffskarten nach allen Weltteilen **Wechselstube** Geldwechsel, Kreditbriefe, Devisen

MÄDCHEN-INSTITUT GRAF

Kreuzbühlstr. 16 ZÜRICH 8 Tel. H. 24.55

Theater Maximum

L. Reichstein, artistische Leitung - **Anfang 8.15 Uhr**

Monstre-Programm vom 1.—15. Okt. 1921

Agni and Reerwes
Original Dancing Act

Joss' Lin
Comique Original

BALLETT

„4 blonde Mädel"

Lu Sandten Vorträge — **Mia Destalles** Chansans — **Anny Jordana** Soubrette

„2 Frühlingskinder"
Tanz-Spiele

und weitere erstkl. Künstler



Vom 28. Sept. bis 4. Okt. Täglich von 2½—11 Uhr

6 Akte. Der histor. Großfilm erster Klasse

Klaus Störtebeker

Der große Seeheld und Flibustier (Le Corsaire)

Eine Höchstleistung künstler. Regie u. vollend. Solospieles. Inhaltlich eine wunderbare, aber glaubhaft gemachte Mischung von Wildheit und Güte.

Ferner als zweites Bild:
Diebes-Kleider!
Ein erstkl. Cow-Boy-Drama.

Douglas
als
Zorro

Jedes Lob überflüssig. Man betrachte die Photos am Bellevueplatz.

Das übrige Programm ganz im Zeichen des **Humors.**

Beachten Sie

bitte im „Tagblatt" die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont

Central-Theater
Weinbergstrasse 13

Eden-Lichtspiele
Rennweg

Roland-Kino
Langstrasse

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich